Bezirksverordnetenversammlung
Steglitz-Zehlendorf von Berlin

N i e d e r s c h r i f t
40. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr

Sitzungstermin:	Montag, 10.04.2006
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	18:55 Uhr
Ort, Raum:	A 112

Anwesend:

Frau Ehlgötz, Barbara	CDU
Herr Eichstädt, Klaus	CDU
Herr Hippe, Torsten	CDU
Herr Mückisch, Frank	CDU
Frau Kölsch, Juliana	SPD
Herr Lepeniotis, Christos	SPD
Herr Ronnisch, Detlev	SPD
Herr Weihe, Klaus-Dieter	SPD
Herr Kühnast, Frank	FDP
Frau Sunkel, Dagmar	FDP
Herr Hampel, Ulf	GRÜNE
Herr Pick, Rafael	CDU (BD)
Herr Wollschläger, Hans-Joachim	CDU (BD)
Herr Volkmann, Dietrich	SPD (BD)

Vom Amt:

BzStR Stäglin
Bau L Herr Müller-Ettler
Hoch 1 Herr Nowak
Ord L Herr Hartmann
BVV 1 Dr. Konrad, Protokoll

Protokoll:

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist der Ausschussvorsitzende auf die umfangreiche Tagesordnung hin und erklärt, falls diese in der heutigen Sitzung nicht abgearbeitet werden kann, müsse sie in einer eigenen zweiten Sitzung weiter behandelt werden, für die bereits der 12.04.2006 angesetzt wurde.

Der Ausschuss kommt überein, die Tagesordnungspunkte 6.7 (Drs. Nr. **1870/II**), 6.18 (Drs. Nr. **1925/II**) und 6.21 (Drs. Nr. **1931/II**) bereits im Zusammenhang mit TOP 1 – Bürgerfrage-viertelstunde - zu behandeln, da sich hierzu Bürger angemeldet haben.

Die lfdn. Nummern 6.4 (Drs. Nr. **1864/II**) und 6.5 (Drs. Nr. **1865/II**) werden auf Bitten der Antragstellerin, der fraktionslosen Bezirksverordneten Frau Wagner, vertagt, da sie nicht an der Sitzung teilnehmen kann. Ebenfalls vertagt werden muss Frau Wagners Antrag Drs. Nr. **1934/II** (TOP 6.22), da das Votum des mitberatenden Umweltausschusses noch nicht vorliegt. Auch die lfd. Nr. 6.15 (Drs. Nr. **1909/II**) wird aufgrund der neuen Rechtslage erst in der Mai-Sitzung des Ausschusses behandelt.

zu 1 Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde

1.1. Frau Mauer - verkehrliche Belastungen nach Eröffnung des Einkaufszentrums „Das Schloss“

Die Bürgerin Frau Mauer aus der Herrfurth- / Ecke Rothenburgstraße klagt, dass seit der Eröffnung des neuen Einkaufszentrums „Das Schloss“ der Parksuchverkehr in den umliegenden Straßen sehr stark zugenommen habe. BzStR Stäglin teilt hierzu mit, dass es am 27.04.2006 einen gemeinsamen Termin aller beteiligten Stellen geben wird, die seinerzeit bei der Prüfung der Verkehrsregelung involviert waren. Es sei auch beabsichtigt, die gesamte Verkehrssituation vom Breitenbachplatz bis zum Rathaus Steglitz zu prüfen. Auf Nachfrage von Frau Mauer erklärt BzStR Stäglin, dabei solle auch die Möglichkeit von Einbahnstraßenregelungen untersucht werden.

Auf eine entsprechende Frage von Frau Mauer erklärt BzStR Stäglin, das in der Grunewaldstraße angebrachte große Werbeplakat eines Friseurs in der Rothenburgstraße sei ordnungsgemäß beantragt und vom Amt genehmigt worden. Frau Mauer kritisiert, das Plakat suggeriere, dass es in der Rothenburgstraße Parkplätze für das Einkaufszentrum „Das Schloss“ gebe, so dass es Parksuchverkehr in die Straße leite.

Auf eine weitere Frage von Frau Mauer erklärt BzStR Stäglin, es sei nicht bekannt, dass der MediaMarkt bzw. Fa. Conrad beabsichtigt, die Warenauslieferung an Kunden über die Rothenburgstraße vorzunehmen. Die Anlieferung solle - mit Ausnahme der Firmen Ansons und Wittstock im Gebäudeteil Schloßstraße 33 - ausschließlich über die Tiefgarage erfolgen. Diese Bestimmung gelte auch für die Auslieferung. Er bittet Frau Mauer, ihm gegenteilige Beobachtungen zu melden. Auf eine weitere Frage von Frau Mauer erklärt BzStR Stäglin, das Amt habe einen Antrag von Fa. Lidl auf Vergrößerung der Verkaufsfläche nicht bewilligt.

Frau Mauer kritisiert, dass die Straßenkreuzungen von Besuchern des Einkaufszentrums so zugeparkt würden, dass die Blinden der nahe gelegenen Blindenanstalt kaum noch über die Straße kämen. Zudem gebe es für sie keine Orientierungshilfe an der Einfahrt zur Tiefgarage des Einkaufszentrums. BzStR Stäglin erklärt, es gebe dort einen Materialwechsel, den Blinde ertasten können. Er sagt zu, die Situation bei dem genannten Termin am 27.04. in Augenschein zu nehmen. Frau Mauer bittet ihn, mit der Blindenanstalt Kontakt aufzunehmen.

Auf Nachfrage von Frau Mauer erklärt BzStR Stäglin, den Anwohnern stünden jetzt als Möglichkeiten, auf das Verkehrsgeschehen um das Einkaufszentrum Einfluss zu nehmen, noch die BVV und deren Ausschüsse, die Fraktionen und die Presse offen. Er bittet Frau Mauer und andere Bürger, ihm Problempunkte mitzuteilen, damit diese bei dem anstehenden Termin am 27.04. erörtert werden können.

Die CDU-Fraktion erklärt, der starke Parksuchverkehr sei auch auf die hohen Gebühren des keinesfalls ausgelasteten Parkhauses des Einkaufszentrums zurückzuführen. Eine Reduzierung der Parkgebühren könnte mehr Autofahrer in das Parkhaus locken.

1.2 Herr Dr. Lage zu TOP 6.7. - Antrag „Verkehrsbelastung Moltkestraße“ (Drs. Nr. 1870/II)

Der Bürger Herr Dr. Lage kritisiert, dass in der Moltkestraße - speziell zwischen dem Gardeschützenweg und der Manteuffelstraße - trotz der Tempo-30-Zone zu schnell gefahren wird, was zu einer Lärmbelästigung in der kopfsteingepflasterten Straße sowie zu einer Gefährdung z.B. der Radfahrer führt, die auf die Fußwege ausweichen. BzStR Stäglin erklärt, es gebe kaum weitere Möglichkeiten als die grobe Kopfsteinpflasterung und die Geschwindigkeitsbeschränkung, um das Tempo der Autofahrer zu drosseln. Das Amt werde die Polizei jedoch um verstärkte Kontrollen bitten. Dr. Lange bezweifelt, dass die Polizei solche Kontrollen als vorrangig ansieht, da sie selbst die Moltkestraße als rasche Zufahrtsmöglichkeit zu ihrer nahe gelegenen Polizeistation nutzt.

BzStR Stäglin bezweifelt die Realisierungsmöglichkeit der von der Fraktion GRÜNE genannten Verkehrsberuhigung oder Sperrung der Straße, da diese auch von den Krankenfahrzeugen des Klinikums als Ausweichstraße genutzt wird.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 13 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei einer Enthaltung angenommen.

1.3 Herr Maurer zu TOP 6.18 - Antrag „Fußgängerampel Berliner Straße / Karl-Schmitt-Rottluff-Weg“ (Drs. Nr. 1925/II)

Der Bürger Herr Maurer vom Nachbarschaftsheim Wannseebahn sowie drei Schülerinnen und Schüler der Mühlenau-Grundschule bitten um eine Änderung der Ampelschaltung in der Berliner Straße im Sinne des Antrags Drs. Nr. 1925/II. Sie tragen vor, wie sie die Verkehrssituation an der Stelle täglich erleben und überreichen BzStR Stäglin eine Liste mit über 400 Unterschriften zur Unterstützung ihres Anliegens.

Bau L Herr Müller-Ettler weist darauf hin, dass der Wunsch der Schüler, die Berliner Straße auf dem Nachhauseweg in einem Zug überqueren zu können, bereits vor etwa zehn Jahren vom Amt umzusetzen versucht wurde. Seinerzeit habe es aber die Auskunft erhalten, dass dies wegen der veralteten Ampelanlage nicht möglich sei. BzStR Stäglin erklärt, bei einer Annahme des Antrags werde das Amt jedoch bei der Verkehrslenkung Berlin einen neuen Anlauf hierzu unternehmen.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 14 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

1.4. Frau Schreiter zu TOP 6.21 - Antrag „Beleuchtung für den 'schwarzen' Weg an der Schneckenbrücke“ (Drs. Nr. 1931/II)

Die Bürgerin Frau Schreiter vom Nachbarschaftsheim Wannseebahn und einige Kinder vom Schülerklub Move It schildern die von Kindern abends als bedrohlich empfundene Situation am sog. 'schwarzen' Weg an der Schneckenbrücke und bitten, dass dieser bisher unbeleuchtete Weg im Sinne des Antrags Drs. Nr. 1931/II eine Beleuchtung erhält.

BzStR Stäglin berichtet, das Amt habe sich bereits am 01.03.2006 mit einer entsprechenden Bitte an die zuständige Stelle gewandt. Dies sei in Berlin zentral das Bezirksamt Mitte. Dieses habe mitgeteilt, dass es die erbetene Beleuchtung in das nächste Bauprogramm (2007/2008) aufnehmen wolle. Ein entsprechender BVV-Beschluss könnte dies jedoch möglicherweise beschleunigen.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 14 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

1.5 Frau Storp - fehlender Zebrastreifen vor dem Behring-Krankenhaus

Die Bürgerin Frau Storp kritisiert, dass nicht vor dem Eingang des Behring-Krankenhauses am Gimpelsteig, sondern unverständlicherweise erst eine Kreuzung weiter ein Fußgängerüberweg eingerichtet wurde. Alte und kranke Patienten sowie Besucher der Klinik, die die Straße überqueren wollen, müssten sich nun durch den fließenden Verkehr durchschlängeln.

Bau L Herr Müller-Ettler berichtet, die zuständige Verkehrslenkung Berlin habe aufgrund von Verkehrszählungen festgestellt, dass am Krankenhauseingang Gimpelsteig eine Ampel und eine Kreuzung weiter ein Fußgängerüberweg nötig seien. Eingerichtet worden sei jedoch bisher lediglich der Zebrastreifen. BzStR Stäglin erklärt, die ebenfalls als notwendig erachtete Lichtzeichenanlage befinde sich auf der Berliner Prioritätenliste auf dem 68. Platz, so dass mit ihrer baldigen Aufstellung nicht gerechnet werden kann. Statt noch etliche Jahre zu warten, bis diese Ampel endlich eingerichtet wird, werde das Amt die VLB bitten zu prüfen, ob bis dahin zeitnah vor dem Krankenhaus ein Zebrastreifen angeordnet werden kann.

zu 2 Benennung des Platzes zwischen Heinersdorfer Straße / Lange- und Heimkehlenstraße in Berlin-Lichterfelde nach Oskar Lange

Der Ausschussvorsitzende Herr Eichstädt resümiert die bisherige Erkenntnislage des Ausschusses. Es sei nicht ersichtlich, warum Oskar Lange - im Gegensatz zu anderen Bezirksamtsmitgliedern - 1933 nicht aus dem Bezirksamt ausgeschieden sei. Darüber hinaus war unbekannt geblieben, warum die Oskar-Lange-Brücke in Bäke-Brücke umbenannt wurde.

BzStR Stäglin erklärt, zum ersten Punkt („Bezirksamtszugehörigkeit 1933“) habe er den Heimatverein Steglitz um Auskunft gebeten, aber noch keine Antwort erhalten. Zum zweiten Punkt berichtet er, die 1913 nach Oskar Lange benannte Brücke sei 1960 vom Senator für Bau- und Wohnungswesen in Bäkebrücke umbenannt worden, um Doppelbenennungen und Verwechselungen in der Bevölkerung (mit der Langestraße in Lichterfelde) zu vermeiden. Ein Vorstoß des Heimatvereins und des Bezirksamtes Steglitz, die Brücke wieder nach Oskar-Lange zu benennen, wurde daher auch 1990 von SenBauWohn abgelehnt. Einen politischen Hintergrund für die Ablehnung habe es nicht gegeben.

Der Ausschussvorsitzende erklärt, der Tagesordungspunkt werde vertagt, bis die Antwort des Heimatvereins Steglitz zur ersten Frage eingetroffen sei.

zu 3 Gedenkstein Johann Schehr an der Königstraße am Schäferberg

BzStR Stäglin berichtet, der am Wannseer Kilometerberg aufgestellte Gedenkstein für Johann Schehr befinde sich auf dem Gelände der Bundesfernstraßenverwaltung, weshalb diese vom Amt mit der Bitte um Reparatur des Steins angeschrieben worden sei. Auf Nachfrage der CDU-Fraktion erklärt er, der Stein sei seinerzeit vom Bezirksamt Zehlendorf aufgestellt worden; über die Frage, wer bei einer möglichen späteren Reparatur zuständig sei, habe man sich damals offenbar keine Gedanken gemacht. Der Stein sei vom Amt jetzt erst einmal eingemessen worden, damit er überhaupt auf den Plänen erscheint.

Der Ausschussvorsitzende erklärt, der Tagesordnungspunkt werde zurückgestellt, bis das Bezirksamt Neues dazu berichten kann.

zu 4 **Bauvorhaben Stadion Wannsee**

Hoch 1 Herr Nowak berichtet, dass am letzten Freitag, dem 07.04.2006, der planungsbegleitende Ausschuss zu dem Projekt getagt habe. Dort habe das Amt das interessante Angebot des Energiesparpartners erhalten, verschiedene technische Gewerke (z.B. die Heizung, die Lüftungsanlage in den Umkleidegebäuden und die Solaranlage) zu finanzieren. Dieses Angebot werde dem Amt noch schriftlich unterbreitet. Dem Sportamt sei zudem vom Berliner Fußballbund signalisiert worden, dass verschiedene Zuschüsse möglich sind. Näheres werde man in der nächsten Sitzung des Bauausschusses berichten können, nachdem die Angebote konkretisiert und geprüft wurden.

BzStR Stäglin sagt zu, als Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt eine Zahlenübersicht bereitzustellen. *(Vgl. die Anlage im Anhang zu diesem Protokoll.)*

Die Fraktion der CDU bittet das Amt zu prüfen, ob die geplante Klinkerfassade durch eine dem Bau angemessenere Putzfassade ersetzt werden kann. Außerdem könnten Kosten durch eine Verkleinerung der Verkehrsflächen (d.h. der zu breiten Gänge) und damit der gesamten Ellipse eingespart werden.

zu 5 **Sporthalle Mühlenau-Grundschule (Vorplanung)**

Bezug nehmend auf die bereits in der letzten Sitzung erfolgte Vorstellung des Projekts berichtet Frau Helmers vom Büro agn detailliert anhand von Plänen über die weitere Entwicklung, Planung und Strukturierung der Sporthalle.

Der Ausschuss erörtert, ob die Fassade in der umgestalteten Form nicht mehr mit der Mühlenau-Schule harmonisiert bzw. ob die Schulsporthalle wegen der groß erscheinenden Masse teilweise versenkt werden kann und ob sie durch ihre zusätzliche Nutzung für den Freizeitsport Fremdverkehr in das ruhige Wohngebiet ziehen werde.

Die FDP-Fraktion widerspricht diesen Ansichten.

BzStR Stäglin erklärt, er erkenne keine „optische Belastung“ durch Baukörper und Fassade. Auch die Untere Denkmalschutzbehörde habe keine Einwände erhoben. Über die Halle in der jetzigen Form sei die BVV informiert worden. Sollte sie nunmehr noch eine Absenkung wünschen, müsse sie eine andere I-Planung beschließen. Ein Verkehrskonzept gebe es nicht, aber schon jetzt fahren Dritte den Standort an, um die Sporthalle zu nutzen, so dass hier keine neue Situation entsteht. Er verweist auf die bereits eingestellten Jahresraten für den Neubau, die es misslich erscheinen ließen, wenn nunmehr seitens der BVV gänzlich neue Vorgaben gemacht würden.

Die SPD-Fraktion erklärt, sie befürworte und wünsche die Halle in der geplanten Form. Auch die CDU-Fraktion bezeichnet die Halle in der heute vorgestellten Form einschließlich der Fassade als akzeptabel.

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass das Amt und das Planungsbüro Wünsche des Ausschusses berücksichtigt haben und dass offenbar die Planung, wie sie heute vorgestellt wurde, für alle Fraktionen annehmbar ist. Daher könne man das Amt bitten, mit seiner Planung weiter in dieser Richtung fortzufahren und zugleich den Ausschuss weiter über den Fortgang zu informieren. BzStR Stäglin sagt dies zu.

zu 6 Anträge

zu 6.1 30 km/h Mühlenstraße
Drucksache: 1842/II - CDU-Fraktion

Die SPD-Fraktion weist darauf hin, dass sie vor einem Jahr einen Antrag gleichen Inhalts gestellt hatte, der abgelehnt wurde. Die im vorliegenden CDU-Antrag genannte Strecke von der Hochbaum- bis zur Bertholdstraße erscheine ihr zu kurz. Sie bittet, den Antrag dahingehend abzuändern, dass die Strecke zwischen der Jänicke- und der Sundgauer Straße zur 30 km/h-Zone gemacht werden soll.

Die FDP-Fraktion erklärt, vor einem Jahr sei der SPD-Antrag abgelehnt worden, weil es dort kein nennenswertes Fußgängeraufkommen gab; sie habe auch jetzt keine neuen entsprechenden Erkenntnisse. Die CDU-Fraktion erklärt, mittlerweile seien in der Mühlenstraße mehr Schüler unterwegs, da jetzt die Vorschulen an den Horten sind. Damit sie ungefährdet lernen können, sich selbstständig im Verkehr zu bewegen, sei dieser neue Antrag gestellt worden. Tempo-30 sei an dieser Stelle notwendig. Zudem fahren Autofahrer an Stellen langsamer, wo sie den Grund unmittelbar nachvollziehen können.

Die Fraktion GRÜNE erklärt, die im CDU-Antrag genannte Strecke von etwa 100 m sei viel zu kurz und unterstützt den Änderungswunsch der SPD-Fraktion. In Hinblick auf diesen Änderungswunsch wird der Antrag auf Bitten der FDP-Fraktion vertagt.

zu 6.2 Schulwegsicherung Beleuchtung 'Schwarzer Weg'
Drucksache: 1845/II - GRÜNE-Fraktion

Nach einer Erläuterung des Antrags durch die Fraktion GRÜNE erklärt BzStR Stäglin, die Intention des Antrags sei inhaltlich nachvollziehbar; seine Umsetzung müsste aber aus der Grünflächenunterhaltung bezahlt werden, da es sich hier um einen Weg durch eine Grünfläche handelt.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 14 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 6.3 Schulwegsicherung LZA Malteser-/Mühlenstraße
Drucksache: 1847/II - GRÜNE-Fraktion

Die Fraktion GRÜNE erklärt, angesichts der sehr langen Wartezeiten bis zur Einrichtung einer Lichtzeichenanlage würde sie sich auch mit der Einrichtung eines Fußgängerüberwegs an dieser Stelle zufrieden geben. Bau L Herr Müller-Ettler berichtet, es gebe bereits eine Anordnung für zwei Fußgängerüberwege an dieser Stelle. Diese seien zum „FGÜ-Programm“ bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung angemeldet worden. Sobald die Mittel in diesem Jahr hierfür bereit stehen, können sie eingerichtet werden.

Die Fraktion GRÜNE zieht ihren Antrag als durch Amtshandeln erledigt zurück.

zu 6.4 Ersatz von Fahrradbügeln am S-Bahnhof/Regionalbahnhof Lichterfelde-Ost
Drucksache: 1864/II - BV Wagner (fraktionslos)

Wie vor Eintritt in die Tagesordnung vom Ausschussvorsitzenden mitgeteilt, ist der Antrag vertagt.

zu 6.5 Einsatz von Dialog-Displays in der Schildhornstraße
Drucksache: 1865/II - BV Wagner (fraktionslos)

Wie TOP 6.4.

zu 6.6 Radroutenkarte für Steglitz-Zehlendorf
Drucksache: 1869/II - GRÜNE-Fraktion

BzStR Stäglin erklärt, er befürworte den Antrag, da dieser der Förderung des Fahrradverkehrs diene. Ein Novum wäre allerdings, wenn der SenStadt Mittel für eine Fahrradkarte - statt wie bisher nur für bauliche Maßnahmen zur Förderung des Fahrradverkehrs - zur Verfügung stellen würde.

Auf den Einwand der FDP-Fraktion, die Kosten der öffentlichen Hand durch Werbeträger möglichst gering zu halten, erklärt BzStR Stäglin, die Einschaltung Dritter (- z.B. eines Verlages, der Werbekunden aquiriert -), würde alles sehr verkomplizieren und verlängern. Es sei sinnvoller, wenn die öffentliche Hand eine von ihr selbst finanzierte Publikation herausgibt.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 14 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 6.7 Verkehrsbelastung Moltkestraße
Drucksache: 1870/II - GRÜNE-Fraktion

Der Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei einer Enthaltung angenommmen *(vgl. TOP 1.2)*

zu 6.8 Otto Lilienthal in Lichterfelde
Drucksache: 1876/II - CDU-Fraktion

Der Antrag wird mit 14 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 6.9 Gasbeleuchtung in Steglitz-Zehlendorf
Drucksache: 1877/II - CDU-Fraktion

BzStR Stäglin berichtet, das in dieser Angelegenheit für ganz Berlin zuständige Bezirksamt Mitte plane, die Gasbeleuchtung der Straßenlaternen längerfristig durch eine kostengünstigere Elektrobeleuchtung zu ersetzen. Die Energiekosten einer Elektrolampe betragen nur etwa 20 Prozent dessen, was eine Gaslaterne verbraucht. Die laufenden Wartungskosten für eine Lampe liegen bei etwa 35 Prozent einer Gaslaterne. Der Bezirk Steglitz-Zehlendorf allein habe 10.282 Gaslaternen. Laut Mitteilung des Bezirksamts Mitte betragen die Energiekosten vor der Umstellung 1,581 Mio Euro und nach der Umstellung 302.000 Euro. Ähnlich belaufen sich Wartungskosten vor der Umstellung auf 644.000 Euro und nach der Umstellung auf 231.000 Euro. Dies ergibt eine Einsparung von 1.691.000 Euro. Aus diesem Grunde ist das Bezirksamt Mitte nicht daran interessiert, kurzfristig noch Mittel für Gaslaternen bereitzustellen, sondern will längerfristig die Gaslaternen durch Elektrolampen ersetzen. Dabei sollen Elektroleuchten zum Einsatz kommen, die vom äußeren Erscheinungsbild den alten Gaslaternen nachempfunden sind.

Die CDU-Fraktion bezweifelt, dass das Stadtbild-prägende äußere Erscheinungsbild durch die neuen Elektroleuchten gewahrt werden kann. Die SPD-Fraktion verweist auf alt-berlinisch gestaltete Elektrolaternen am Pariser Platz, die von den alten Gaslaternen nicht zu unterscheiden seien. Zudem würden die ursprünglichen Gasglühstrümpfe nicht mehr in Europa hergestellt, sondern müssten in schlechterer Qualität aus Indien importiert werden und würden häufig ausfallen. Auch ein großer Teil der alten Peitschenmasten seien „hinüber“ und müsste ersetzt werden.

Die CDU-Fraktion erklärt, der Austausch sei vor allem dann zu befürworten,

angesichts der geringeren Kosten aber auch zwingend, wenn die Elektroleuchten die Lichtfarbe der alten Gaslaternen imitieren könnten. Die FDP-Fraktion stimmt dem zu.

Die Antrag stellende CDU-Fraktion bittet um die Vertagung des Antrags.

zu 6.10 Erhalt der alten Autobahnbrücke in Dreilinden (Albrechts Teerofen)
Drucksache: 1881/II - SPD-Fraktion

BzStR Stäglin berichtet, er habe mittlerweile von SenStadt erfahren, dass der Verkehrssichungspflichtige für die im Antrag genannten Örtlichkeiten die Bundesfinanzverwaltung in Verbindung mit der Bundesfernstraßenverwaltung, vertreten durch die Auftragsverwaltung der Länder Berlin und Brandenburg, ist. Bei Annahme des Antrags wären diese die Ansprechpartner des Bezirksamts.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 14 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 6.11 Anwohnerfreundliche Parkraumbewirtschaftungszonenregelung in Born- und Hackerstraße
Drucksache: 1888/II - FDP-Fraktion

BzStR Stäglin berichtet, schon 2000 habe es bei der Einführung der Parkzonenregelung die Besonderheit gegeben, dass einige Straßen zu zwei Parkzonen gehörten. Hierzu gehörte u.a. auch die im Betreff des vorliegenden Antrags genannte Bornstraße zwischen Massmannstraße und Büsingstraße, die allerdings schon zu Tempelhof-Schöneberg gehört. Es müsse jetzt allerdings geprüft werden, warum dies seinerzeit nicht umgesetzt wurde; die Umsetzung dieser Regelung werde jetzt nachgeholt. Hinsichtlich einer nachträglichen Ausweitung auf die im Betreff genannte Hackerstraße habe das Amt Bedenken, da dies zahlreiche ähnliche Wünsche bei anderen Straßen nach sich ziehen würde. Die FDP-Fraktion erklärt, die Änderung solle sich nur auf den Bereich bis zur jeweils nächsten Querstraße beziehen und bittet um Abstimmung über ihren Antrag.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 14 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 6.12 Parkraumbewirtschaftung aufheben am Wolfensteindamm zwischen Händel- und Birkbuschstraße
Drucksache: 1889/II - FDP-Fraktion

Die FDP-Fraktion verweist auf eine BA-Vorlage zur Kenntnisnahme vom 04.07.2002, in der es heißt, die Herausnahme des Wolfensteindamms zwischen Händelplatz und Birkbuschstraße aus der Parkraumbewirtschaftung erscheine sinnvoll, da es dort nur wenige unmittelbare Anwohner gebe und Benachteilungen durch Parkplatz suchende Autofahrer nicht zu erwarten seien.

BzStR Stäglin verweist darauf, dass noch immer ein Klageverfahren gegen die Parkraumbewirtschaftung in diesem Bereich anhängig sei. Das Bezirksamt wolle jetzt nicht an einzelnen Stellen „herumdoktern“, sondern abwarten, bis ein Urteil in dieser Sache ergangen ist, um dann großflächig neu zu regeln und zu arrondieren.

Die SPD-Fraktion erinnert daran, dass dieser Bereich vor Einführung der Parkraumbewirtschaftung ein Abstellplatz für LKWs und Wagen mit Werbeträgern, „für Schrott und Müll“ war. Daher sei die jetzige Regelung besser.

Auf Bitten der FDP-Fraktion wird der Antrag bis zum Urteil des Oberverwaltungsgerichts zurückgestellt. BzStR Stäglin sagt zu, den Ausschuss über das Urteil, sobald dies ergangen ist, im Bericht aus dem Bezirksamt zu informieren.

zu 6.13 Parken ohne Schäden in der Karwendelstraße
Drucksache: 1890/II - FDP-Fraktion

BzStR Stäglin verweist auf das Protokoll der Sitzung vom 27. Februar 2002, in der berichtet wurde, dass vom Polizeipräsidenten in dieser Tempo-30-Zone beidseitiges Fahrbahn-Parken angeordnet wurde. Das Amt hatte dies seinerzeit begrüßt und auch nach einer erneuten Begehung vor Ort keinen Grund gesehen, den alten Zustand wieder herzustellen.

Die FDP-Fraktion nennt die Situation auf diesem Verbindungsweg von Lichterfelde nach Zehlendorf unbefriedigend, da in der engen Straße oft genug Seitenspiegel von vorbei fahrenden Autos und LKWs abgebrochen würden. Auch sei die Straße jetzt so unübersichtlich, dass es schwierig sei, sie zu überqueren. Zudem sei die Regelung sehr uneinheitlich, so dass sich die Situation für die Autofahrer ständig ändere.

Die SPD-Fraktion weist darauf hin, dass der Gehweg bereits jetzt sehr schmal ist. Die frühere Lösung, Gehwegparken zu erlauben, sei für die Fußgänger sehr schlecht gewesen. Dies gelte umso mehr, als es in dieser Gegend einige Schulen gibt, so dass Kinder auf den Gehwegen unterwegs seien. Man dürfe nicht immer nur die Autofahrer berücksichtigen.

BzStR Stäglin erklärt, das Amt sehe derzeit keinen akuten Änderungsdruck, werde die Situation aber beobachten und in einem Jahr der neuen BVV darüber berichten.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 2 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

zu 6.14 Einheitliche Parkordnung für den Kranoldplatz
Drucksache: 1891/II - FDP-Fraktion

BzStR Stäglin bittet um die Vertagung des Antrags, da das Amt seit Dezember Entwürfe einer ganzheitlichen Lösung für den Parkraumbedarf des Kranoldplatzes und seiner Umgebung entwickelt, in denen die Interessen aller Beteiligten (Marktbetreiber, Kunden, Anwohner, Verkehrsteilnehmer usw.) berücksichtigt werden sollen. Er bittet, diese Lösung in der Mai-Sitzung des Ausschusses vorstellen zu dürfen.

Der Antrag wird vertagt.

zu 8 Verschiedenes

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit beschließt der Ausschuss um 18.55 Uhr, die weiteren Tagesordnungspunkte 6.15 bis 6.24 sowie die TOPs 7 und 8 in der 41. Sitzung des Ausschusses am Mittwoch, dem 12.04.2006, zu behandeln.

Berlin Steglitz-Zehlendorf, den

Eichstädt
Ausschussvorsitzender

Kühnast
Schriftführer

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin
Abt. Bauen, Stadtplanung und Naturschutz
Eing.: 17. März 2006
Bauamt-Hochbau

Sportstadion Wannsee, **Umkleidegebäude - Ellipse**
Chausseestrasse 29, 14109 Berlin

Straub Beutin Architekten
Brandes & Kopp
Herr Rust NGA Ba Steglitz Zehlendorf

Kostenberechnung mit Teilleistungen gemäß DIN 276

17. März 2006

Zusammenstellung

		Kostenelement / Teilleistung	ME	EP Euro einschl. 16% MwSt	ME Summe	GP Euro einschl. 16% MwSt
200		**Herrichten und Erschließen**				
	210	Grundstück herrichten				29.500,00 €
	220	Beiträge und Abgaben				16.000,00 €
	230	Nichtöffentliche Erschließung				0,00 €
		Summe 210 - 290				45.500,00 €
		Unvorhergesehenes	5%			2.275,00 €
		Herrichten und Erschließen KG 200				**47.775,00 €**
300		**Bauwerk - Baukonstruktion**				
	310	Baugrube				10.946,77 €
	320	Gründung				57.970,00 €
	330	Außenwände				187.356,00 €
	340	Innenwände				97.026,55 €
	350	Decken				81.307,67 €
	360	Dächer				110.967,32 €
	390	Sonstige Maßnahmen für Baukonstruktionen				15.478,48 €
		Summe 310 - 390				561.052,79 €
		Unvorhergesehenes	5%			28.052,64 €
		Bauwerkskosten KG 300				**589.105,43 €**
400		**Bauwerk - Technische Anlagen**				
	410	Abwasser-, Wasser-, Gasanlagen				0,00 €
	420	Wärmeversorgungsanlagen				0,00 €
	430	Lufttechnische Anlagen				0,00 €
	440	Starkstromanlagen				0,00 €
	450	Fernmelde- und informationstechnische Anlagen				0,00 €
	470	Nutzungsspezifische Anlagen				0,00 €
	490	Sonstige Maßnahmen für technische Anlagen				0,00 €
		Summe 410-490				161.240,00 €
		Unvorhergesehenes	5%			8.062,00 €
		Technische Anlagen KG 400				**169.302,00 €**
		Kostengruppen 300 + 400 ohne				722.292,79 €
		HNF	420 m²			
		Kosten pro m² HNF				**1.719,74 €**

Sportstadion Wannsee, Umkleidegebäude - Ellipse

Chausseestrasse 29, 14109 Berlin

Straub Beutin Architekten
Brandes & Kopp
Herr Rust NGA Ba Steglitz Zehlendorf

Kostenberechnung mit Teilleistungen gemäß DIN 276

17. März 2006

500		**Außenanlagen**		
	510	Geländeflächen		34.165,00 €
	520	Befestigte Flächen		16.500,00 €
	530	Baukonstruktionen in Außenanlagen		8.400,00 €
	540	Technische Anlagen in Außenanlagen / Umverlegung von Versorgungsleitungen		0,00 €
	590	Sonstige Maßnahmen für Außenanlagen bisher noch in Kg 400		0,00 €
		Summe 510 - 590		59.065,00 €
		Unvorhergesehenes	5%	2.953,25 €
		Außenanlagen KG 500		**62.018,25 €**
600		**Ausstattung und Kunstwerke**		
	610	Ausstattung		21.120,00 €
		Summe 610 - 690		21.120,00 €
		Unvorhergesehenes	5%	1.056,00 €
		Ausstattung KG 600		**22.176,00 €**
		Baukosten ohne Unvorhergesehens		847.977,79 €
		Summe Unvorhergesehenes		42.398,89 €
700		**Baunebenkosten**		
	730	Architekten- und Ingenieurleistungen		0,00 €
	740	Gutachten und Beratung		0,00 €
	770	allgemeine Baunebenkosten		0,00 €
		pauschal auf Baukosten ohne	15%	127.196,67 €
		Summe 710 - 790		127.196,67 €
		auf Unvorhergesehenes	15%	6.359,83 €
		Baunebenkosten KG 700		**133.556,50 €**
		Summe		**1.023.933,18 €**
		Unvorhergesehenes gesamt		48.758,72 €
		Minderpreis Ziegelfassade gegen WDVS		-22.701,00 €
		Minderpreis extensive Dachbegrünung		-19.236,57 €
		Summe		-41.937,57 €
		Unvorhergesehenes	5%	-2.096,88 €
				-44.034,45 €
		Honorar	15%	-6.605,17 €
				-50.639,62 €